

Karin Kneissl

Syrien – tragisches Schlachtfeld um den politischen Konfessionalismus im Nahen Osten

Wie viele große Dispute in der Menschheitsgeschichte begann auch dieser als Familienstreit. Als Prophet Mohammed im Jahre 632 n.Chr. verstarb, brach ein Kampf um seine Erbfolge aus, dessen Folgen bis heute die islamische Welt bewegen. Mohammed hatte es vom einfachen Kaufmann aus Mekka nicht nur zum Stifter einer neuen Religion gebracht, binnen weniger Jahre war er auch zum politischen und militärischen Führer aufgestiegen. Es ging gleichermaßen um die spirituelle Nachfolge, die „Khalifa“, wie auch die Weitergabe der weltlichen Autorität „Sulta“. Während sich ein Teil von Familie und Gefolgschaft um den Schwiegervater Abu Bakr scharte, zog eine andere Gruppe den Cousin und Schwiegersohn des Propheten als dessen Nachfolger vor. Diese bezeichnete sich als „Schia Ali“, die Fraktion um Ali. Letzterer war mit Fatima verheiratet. Die Anhänger um Abu Bakr setzten sich durch. Mit der Ermordung Alis durch seine Widersacher unter den Omajaden, die in der Folge von Damaskus aus das arabische Weltreich errichteten und in Andalusien ihre spätere Blüte noch entfalten sollten, begann auch ein innerislamischer Konflikt. Die erste sogenannte „Fitna“ war angebrochen, was als Glaubensspaltung übersetzt werden kann. Die Schiiten, die heute rund zehn Prozent der Muslime stellen, und die Sunniten stehen in einer blutigen Konfrontation einander gegenüber. In dieser Hefigkeit ist sie aber ein relativ neues Phänomen im Islam. Dieser innerislamische Glaubenskrieg zieht sich nicht zuletzt im Schatten

der Irakinvasion 2003 von Pakistan über den Libanon bis in den Golf, er ist nun in Syrien neuerlich explodiert.

Der östliche Mittelmeerraum, wohin das neu entstandene arabisches Weltreich vom Hedschas expandierte, war zudem im siebten Jahrhundert von diversen christlichen und jüdischen Strömungen dominiert. Die orientalischen Christen sollten sich in ihrer Vielfalt allen historischen Turbulenzen zum Trotz ebenso halten, wie auch das Judentum in der islamischen Welt bei der kulturellen und wirtschaftlichen Entfaltung einen festen Platz innehatte. Die Gründung des jüdischen Staates Israel 1948 veränderte dann einiges in der vormaligen Koexistenz, die gerade in den alten Handelsstädten, wie Damaskus und Aleppo oder Alexandria, lange gelebter Alltag gewesen war. Politische und gesellschaftliche Gleichberechtigung war für die Nichtmuslime, die „dhimmi“, die sogenannten Schutzbefohlenen, eher selten. Andererseits wussten auch die religiösen Minderheiten, die im osmanischen Milletssystem, das ihnen weitgehend Autonomie in Religions- und Familienfragen zugestand, ihre Nischen auszubauen und zu Wohlstand zu gelangen.

Die drei Religionen Abrahams, die sich auf den einen und wahren Gott berufen und auf den absoluten Wahrheitsanspruch im Diesseits wie im Jenseits pochen, werden als Vehikel kriegerischer Konfrontation von Millionen bedient. „Zuerst der Islam, dann die Demokratie“, auf eine solche Formel ließe sich das Chaos unserer Zeit im Nahen Osten reduzieren. Glühende Anhänger des Kommunismus, die noch in den 1980er Jahren als Stipendiaten in den damaligen Ostblockstaaten studierten, machten nach dem Zerfall der Sowjetunion teils mächtige Volten in ihrer Weltanschauung. Viele wandten sich dem aufsteigenden politischen Islam zu, aus Marxisten wurden Islamisten. Gegenwärtig ist aber auch diese Ideologie von großen Zweifeln und Rückschlägen erfasst. Im Juli

2013 stellte ein libanesischer Gesprächspartner, der für die schiitische Hizbollah im Parlament seit Jahren als Abgeordneter wirkt, mit Ernüchterung fest: „Wir erleben gerade das Ende der islamistischen Bewegungen.“¹

Bis zur klaren Trennung von Politik und Religion wird die Region noch große Turbulenzen durchleben. Genau um diese Frage drehen sich die Proteste der Bürger im Gezi Park von Istanbul ebenso die politischen Umbrüche in Ägypten und auch das Gemetzel in Syrien. Letzteres birgt zudem die Gefahr, dass aus einem bislang lokalen Morden eine globale Konfrontation wird. Denn nicht nur viele regionale Akteure mischen über Geld und Söldner in Syrien mit, ebenso auch die USA, Russland und China sind in den Konflikt nun seit über zwei Jahren bereits massiv verwickelt.

Die vielen Kriege im Nahen Osten – von der Balkanisierung zur Irakisierung

Syrien reiht sich seit 2011 in jene Schlachtfelder ein, die wir in all ihrer Tragik aus dem Libanon und dem Irak kennen. Diese drei Staaten, die nach 1920 allesamt aus der Konkursmasse des Osmanischen Reiches hervorgingen, ähneln einander in ihrer demografischen Zusammensetzung. Sie sind gleichsam ein Mosaik bzw. Aquarell zahlreicher religiöser und ethnischer Zugehörigkeiten mit fließenden Bruchlinien. Infolge politisch erzwungener Umsiedlung, hoher Emigration v.a. unter den Christen sowie noch höherer Geburtenraten in der sunnitischen Landbevölkerung hat sich das Größenverhältnis zwischen den Religionen in der Bevölkerung verändert. Man erinnere sich nur der Tatsache, dass Aleppo noch zu Beginn des 20. Jahrhunderts fast ein Drittel christliche Bewohner hatte, die dann auf wenige Prozent

¹ Gespräch in Beirut am 2. Juli 2013.

schrumpften. Worauf ich stets gerne verweise, sind die großen Unterschiede, die zwischen Stadt und Land bestehen, im Fall des Libanons vor allem auch zwischen Küste und Gebirge existieren. Denn Mentalität und politische Methode schwanken zwischen dem „laisser-faire“ in den Küstenstädten und einer radikalen Linie unter so mancher politischen Gruppierung im Gebirge, als Beispiel seien die maronitischen Falangisten im Libanon genannt. Auch die vielen Gewaltausbrüche, die den Libanon seit den 1970er Jahren heimsuchen, sind letztlich immer wieder Machtkämpfe gewesen, in denen verantwortungslose Führer, ob geistliche oder weltliche, in einem Vakuum fehlender staatlicher Strukturen die Menschen im Namen Gottes gegeneinander aufhetzten.

Der Begriff der Libanisierung machte in der akademischen Diagnose bald die Runde. Denn der kleine Staat mit seinen 18 anerkannten Konfessionen, die über einen komplexen Proporz im öffentlichen Leben gleichberechtigt mitwirken sollen, zerfiel im Zuge des Aufstiegs religiös bestimmter Milizen in Kantone des Bürgerkriegs. Ethnische Säuberungen veränderten das vormals bunte Völkergemisch im Lande. Mit dem Wegfall des staatlichen Gewaltmonopols und dem Zerfall der wesentlichen Strukturen stirbt ein Staatswesen, wenn die Menschen nicht mehr an diesen gemeinsamen Staat glauben. Kurioserweise sollten in den frühen 1990er Jahren die Bundesrepublik Jugoslawien und auch die Großmacht Sowjetunion implodieren und letztlich von der Landkarte verschwinden. Das Land, das diesem Phänomen des staatlichen Scheiterns seinen Namen gegeben hatte, besteht immer noch. Denn der Libanon überlebte allen Unkenrufen zum Trotz, die Republik ist fragil und seit 2011 vom Bürgerkrieg in Syrien betroffen, doch er wurde nicht balkanisiert. Womit wir in diesem Wortspiel rund um Staatenzerfall bei einer anderen bekannten Metapher wären.

Der Begriff der Balkanisierung geisterte in der Zeit nach dem Ersten Weltkrieg durch die Gazetten. Definiert wird Balkanisierung als die Fragmentierung von Vielvölkerstaaten in viele kleine Nationalstaaten, die einander oft feindlich gesinnt sind. Der Begriff kam auf, als das Osmanische Reich und die Donaumonarchie zwischen 1918 und 1920 in solche Nationalstaaten zerfielen, neue Grenzen entstanden, die Minderheitenprobleme schafften und damit auch die Basis für den nächsten großen Krieg legten. Obwohl seither in der Geschichtsschreibung und in den Medien fast inflationär verwendet, so ist sein Ursprung unklar. Erstmals verwendet haben soll den Ausdruck der spätere deutsche Politiker Walther Rathenau in einem Interview mit der „New York Times“ im September 1918, ohne jedoch den Balkan geografisch gemeint zu haben. Gegenstand der Überlegungen von Rathenau war die Kleinstaaterei an sich. Der libanesische Historiker Georges Corm über das Kräfteverhältnis zwischen Europa, dem Balkan und dem Nahen Osten unter dem Titel „Europa und der Orient. Von der Balkanisierung zur Libanisierung. Geschichte einer unvollendeten Moderne“.² Corm nahm mit seiner vergleichenden historischen Analyse der beiden Regionen, ihrer Gemeinsamkeiten als Erben von Vielvölkerreichen die Kriege von 1991 bis 1999 im Balkan vorweg.

Von der Wiege bis ins Grab – wenn die Religion das Leben bestimmt

Im Libanon erfolgte ein religiöser Proporz zur Machtaufteilung auf Basis eines bloßen „gentlemen agreement“ außerhalb der Verfassung. Der komplizierte Schlüssel konfessioneller Quoten in allen öffentlichen Ämtern funktionierte nicht und wirkte

² Georges Corm, *De la balkanisation à la libanisation: histoire d'une modernité incomplie*. Paris (L'Harmattan) 1990.

mehrfach als Kriegsauslöser. Über die Vorzüge und Nachteile dieser Form eines interreligiösen Ausgleichs und einer Konsensdemokratie, in der Parlamentssitze, Kabinettsposten und Militärränge bis hin zu Institutsleitern in öffentlichen Forschungseinrichtungen nach religiöser Zuordnung und nicht gemäß persönlicher Eignung verteilt werden, mag man unterschiedlicher Meinung sein. Die Befürworter führen ins Treffen, dass dank dieser Quoten alle Volksgruppen an den Entscheidungsprozessen mitwirken. Niemand werde von der demografischen Mehrheit überrollt. Die Gegner eines solchen Proporz betonen das demokratische Mehrheitsrecht im Sinne von „one man – one vote“. So lautete der Ruf der schwarzafrikanischen Widerstands im weiß regierten Südafrika, den die schiitische Hizbollah im Libanon für sich in Anspruch nimmt, denn auch die Schiiten haben zahlenmäßig die christliche arabische Bevölkerung, die vom Quotensystem profitiert, überholt. Konsenslösungen für die Mitwirkung aller Minderheiten sind zweifellos in einer Übergangsperiode nützlich, doch das Risiko ist groß, dass sie langfristig Politik und Gesellschaft erstarren lassen. Denn das Leben, das berufliche Fortkommen eines Menschen wird von Geburt an durch seine konfessionelle Zugehörigkeit und nicht durch seine individuellen Talente bestimmt.

Die für den Irak in den USA ausgearbeitete und per Referendum im Herbst 2005 in Kraft getretene Verfassung übernahm aber diese „libanesische Formel“ für die neue Ämterverteilung zwischen den Volksgruppen. Von der Libanisierung des Iraks wurde daher auch in der Folge oft gesprochen. Wie auch die Gefahr einer Irakisierung Syriens oder des Libanons für weitere Debatten sorgte. Allein die wachsende Zahl der Begriffe sollte uns zu denken geben. Denn neben der Balkanisierung und der Libanisierung sprechen wir angesichts von Staatenfragmentierung nun auch schon von Irakisierung oder Afghanisierung.

Der Erste Weltkrieg dauert fort

Die Folgen des Ersten Weltkrieges sind nicht nur in Mittel- und Osteuropa, sondern auch auf den heutigen nahöstlichen Schlachtfeldern spürbar. Was sich gegenwärtig in Syrien und im Irak abspielt, ist auch eine Neuordnung der Karten. So ist die Entstehung eines kurdischen Staates ebenso möglich, was gewaltige Auswirkungen auf Staaten wie die Türkei und den Irak hätte, wie auch die noch bevorstehenden Erbfolgekriege in Saudi-Arabien vieles in Unruhe bringen könnten. 1920 entstand auf Betreiben der umtriebigen maronitischen Liga der „Grand Liban“ unter französischem Mandat. Mit der Auflösung des osmanischen Reiches ordneten die Siegermächte des Ersten Weltkriegs die Karten der Region neu. Grundlage hierfür war nur teilweise die geheime Korrespondenz zwischen Mark Sykes und Georges Picot von 1915. Letztlich entscheidend war eine Konferenz im italienischen San Remo im April 1920. Im Zuge eines Erdölabkommens wurden auch die Mandatsgrenzen gezogen, die in der Folge auch die Grenzen der späteren unabhängigen Staaten Libanon, Syrien, Jordanien, Irak etc. werden sollten. Der Libanon und Syrien waren bis zur Entlassung in die Unabhängigkeit 1943 bzw. 1945 Frankreich als Mandatsmacht unterstellt. Paris bemühte sich zweifellos mehr um die Entwicklung des Libanons, als es in Syrien tätig wurde, wo zwischen den großen Städten im Westteil des Landes eine unterentwickelte weite ländliche Region weiter im Abseits bleiben sollte.

Dieser neue Staat Libanon umfasste nicht nur das Libanongebirge, sondern auch Beirut, die Gegenden um Sidon und Tyros und die Bekaa-Ebene. Unter dem Hinweis auf die Notwendigkeit einer strategischen Tiefe und landwirtschaftlicher Flächen hatten die Maroniten die Vergrößerung des traditionellen „Mont Liban“ erreicht. Damit sollte aber die relative christliche Mehrheit Gefahr

laufen, mit anderen Volksgruppen von nun an in einem demografischen Wettlauf zu stehen. Ein komplizierter konfessioneller Proporz, der noch näher ausgeführt wird, sollte die Machtaufteilung zwischen den 18 anerkannten Religionsgruppen garantieren.

Aus Damaszener Sicht war diese territoriale Ausdehnung ein schwerer Schlag, denn Syrien verlor gewissermaßen den leichten Zugang zum wichtigen Hafen von Beirut. In syrischen Sprachgebrauch ist gerne von Beirut als natürlichem Hafen von Damaskus die Rede. Ein Blick auf die Karte genügt, um zu begreifen, wie wichtig die Nähe zu diesem Meereszugang ist.³ Mit der Unabhängigkeit ab 1943 kam es zu regelmäßigen Konflikten zwischen den libanesischen und syrischen Behörden um Zugang zum Hafen, Zollbestimmungen etc. Die libanesischen Händler spielten ihrerseits oft ein demütigendes Spiel mit den Syrern, wenn es um Abrechnungen und Hafengebühren ging. Während der syrischen Besatzung im Libanon in den Jahren des Bürgerkriegs, der offiziell von 1975 bis 1990 dauerte, aber auch in der Folge bis zum Abzug syrischer Truppen im April 2005 war der Hafen stets Objekt der Begierde syrischer Offiziere, die hier mittels Schutzgeldern und anderen Mafiamethoden ihren Sold aufbesserten. Man ließ nur wenige Gelegenheiten ungenutzt, um sich für andere Demütigungen zu rächen. Die Idee von „einem Volk“ in zwei Staaten, wie sie syrische Politiker gerne propagierten, traf im Libanon v.a. in der christlichen Bevölkerung auf heftigen und nachvollziehbaren Widerspruch.

Pragmatischer als die nationalistischen Hitzköpfe, wie die Anhänger der nationalistischen SSNP von Antun Sa'adeh, dessen Traum von einem Großsyrien gar Zypern, Ägypten und Teile des Iraks einschloss, ging hingegen der Langzeitpräsident Hafez el Assad vor. Während seiner Regierungszeit von 1970 bis Juni 2000 wusste

³ Meir Zamir. *The Formation of Modern Lebanon*. London (Croom Helm) 1985. S. 54 ff.

Assad, der mit seinem Staatsstreich 1969 einer Serie von Putschen ein Ende setzte, geschickt die Eitelkeiten und Rivalitäten der libanesischen Nachbarn zu bedienen. Dass der tief säkulare Assad die schiitische Bewegung der Hizbollah, welche 1983 offiziell erstmals mit Selbstmordanschlägen gegen die israelische Besatzungsarmee und in der Folge mit zahlreichen Entführungen in Erscheinung trat, auf die Schiiten setzte, ist aber Ausdruck von Realpolitik im besten Sinne.

Denn der Putschist Assad musste als Alawit, einer religiösen Strömung, die beinahe mehr hellenistisches als islamisches Erbe kennzeichnet, zunächst für die Wahl zum Staatspräsidenten den Nachweis erbringen, dass er Muslim sei. Die theologische Legitimation gab ihm der Höhere Schiitische Rat unter Imam Musa Sadr, den Schah Reza Pawlevi aus dem Iran zur Betreuung der meist verarmten schiitischen Libanesen entsandt hatte. In einem religiösen Gutachten wurde dekretiert, dass die Alawiten Schiiten seien und damit aufrechte Muslime. So erklärt sich eine von mehreren Ursachen für die Allianz zwischen dem nichtarabischen Iran und Syrien, die dann mit dem Export der Islamischen Revolution in den Libanon ab Beginn der 1980er Jahre eine neue Dimension gewann. Über die Drehscheibe Syrien konnte der Iran seine Interessen in Richtung östliches Mittelmeer entfalten und trat auch über die Hizbollah in indirekte Konfrontation zu Israel. Der Libanon gewann auf vielfache Weise an Bedeutung für die syrische Regionalpolitik.

Syrien war im Oktober 1990 neuerlich mit 70.000 Truppen in den Libanon einmarschiert, damals mit der Rückendeckung der westlichen Staaten zwecks Beendigung des fast zwei Jahre dauernden innermaronitischen Bürgerkriegs. Die Staatengemeinschaft hatte mit ihren Versuchen, den Libanon zu stabilisieren, zuvor Schiffbruch erlitten und wollte sich nicht stärker engagieren. Die MNF,

Multinational Force, an der die USA, Frankreich, Großbritannien und Italien militärisch seit Herbst 1982 mitwirkten, hat sich infolge eines Selbstmordanschlags im Februar 1984 zurückgezogen. Nun überließ man wieder dem regionalen Hegemon die Kontrolle über den Libanon. Im Stile von „divide et impera“ verstanden die Regierung und ihr weitgefaster Sicherheitsapparat die vielen libanesischen Bürgerkriegsparteien nicht nur gegeneinander auszuspielen, sondern auch intern immer wieder zu spalten. Die Assads sind in alawitischer Tradition säkular orientiert, doch als Schiiten wird ihre Machtclique und werden die Alawiten als Volksgruppe insgesamt von radikalen Sunniten als Häretiker bekämpft.

Glaubenslehre und Märtyreriologie

Prägend für die Schia waren von Anbeginn Außenseitertum, Verfolgung und Leid. Sowohl in den Riten als auch in der gesellschaftlichen Entwicklung fanden sich die Schiiten in der Rolle der Widerständler. So gedenken Schiiten weltweit des Leidens Husseins, dessen Handlungsweise als Aufforderung zur Rebellion verstanden wird, im Trauermonat Muharram. Der Verlauf der Schlacht und sein tragische Tod werden detailliert nachgespielt. Die schiitische Solidarität verstärkt sich mit diesen Ritualen auf spiritueller und politischer Ebene über Landesgrenzen hinweg.

Viele Legenden ranken sich um den Hergang der Schlacht von Kerbala, die zum Gründungsmythos der Schia werden sollte. Denn der Enkel des Propheten Mohammed, Hussein, ist der Prototyp des tragischen Kampfes um Gerechtigkeit.⁴ Kerbala, ebenfalls auf dem irakischen Staatsgebiet gelegen, bildet seither das zweite wesentliche Zentrum der Schia, wo sich Revolte und Hoffnung auf erfolgreichen Widerstand konzentrieren. Von die-

⁴ Yann Richard, *L'Islam chi'ite*, Paris (Odile Jacob) 1991. S. 47.

sen Orten geht ein starker Impuls für die aktuelle politische Mobilisierung der Schia aus, ob im Widerstand gegen die USA und ihre Verbündeten, ob in den Jahrzehnten zuvor gegen die britische Mandats Herrschaft oder gegen die säkulare Baath-Diktatur unter Saddam Hussein.

Klagelieder charakterisieren die Märtyrertode Alis und seines Sohnes Hussein. Die TV-Bilder der blutigen Selbstgeißelungen bei schiitischen Prozessionen im Andenken an die Schlacht von Kerbala haben sich weltweit verbreitet. Die westliche mediale Wahrnehmung der Schia vermittelt Botschaften des Fanatismus und der Gefahr. Doch sind gerade diese Bilder vergleichbar mit Karfreitagsprozessionen auf den Philippinen und ihrem naturalistischen Nachspielen des Todes von Jesus; so wie sich überhaupt viele Parallelen zwischen katholischen und schiitischen Traditionen aufzeigen lassen. Verfügen doch beide neben der zentralen Bedeutung des Leidens, der Heiligenverehrung und der Wallfahrten auch über einen hierarchisch strukturierten Klerus, der jeweils über die Interpretation der Heilsbotschaft hinausgehend eine wichtige Rolle im öffentlichen Leben einnimmt.

Nur aus dieser besonderen schiitischen Liturgie und der historischen Entwicklung der stets als Häretiker verfolgten Gläubigen lässt sich die Schia in aller ihrer politischen Brisanz für den politischen Islam des 20. und 21. Jahrhundert verstehen. Die Opferbereitschaft, die bis zum freiwilligen Märtyrertod gehen kann, wie Hussein in seinen sagenhaften Aktionen während der Schlacht von Kerbala unter Beweis gestellt haben soll, setzt sich politisch bedeutsam bis in unsere Zeit fort. Ob es sich um die Selbstmordanschläge der schiitischen Libanesen gegen die israelischen Truppen während der Besatzung von 1982 bis 2000 handelt oder um die schiitischen Aktionen gegen die US-Armee im Irak, die Märtyreri-deologie lebt fort. Indes haben sich auch schon längst viele

Nachahmungsformen gefunden, wie die Terrorakte vom 11. September oder jene der palästinensischen (sunnitischen!) Islamisten. Interessant erscheint, dass sich spezifische schiitische Handlungsmuster, basierend auf einer besonderen theologischen Tradition und historischen Erfahrung, indes längst auf die gesamte islamische Welt ausgedehnt haben. Zwar verbietet der Islam den Selbstmord, doch der Märtyrertod bildet eine eigene Kategorie, die sich von der Schia ausgehend auf die sunnitischen Kämpfer von Grosny bis Casablanca ausgebreitet hat. Die Rolle der Schia als treibender Motor im politischen Islam kann somit keineswegs in Zweifel gezogen werden. Es stellt sich aber zugleich die Frage, ob wir von einer echten ideologischen schiitischen Kraft sprechen können – oder handelt es sich doch nur um Aktivismus?⁵

Historisch betrachtet lässt sich festhalten: Das Paradoxe und Mystische der Schia besteht wohl darin, dass sie aus einem Erbfolgestreit und einer politischen Konfrontation hervorgegangen ist, doch ihren eigenen Weg bis in die Gegenwart gefunden hat. Nach all den Rückschlägen ihrer Imame, die bis auf den letzten Entrückten umkamen, begann sich aus der Einsicht in die Unmöglichkeit, die spirituelle und politische Entwicklung des Islam noch entscheidend beeinflussen zu können, alle Hoffnung auf den Imam im Verborgenen zu konzentrieren. Doch zugleich gab die Schia nie die Perspektive auf, eines Tages doch noch die Rückschläge der ersten Zeit des Islams überwinden zu können.⁶ Als Zeitenwende für den politischen Islam insgesamt und den Status der Schia innerhalb der „Umma Islamiya“, der weltweiten islamischen Gemeinschaft, ist das Jahr 1979 zu sehen, als die Islamische Revolution vom Iran ausging.

⁵ Letzteres vermutet der irakischstämmige Londoner Soziologe Faleh Abdel Jabar. Interview am 7.9.2003 in Byblos/Libanon.

⁶ Yann Richard, op.cit. S. 78.

Ganz ähnlich erging es den USA mit der Ausrufung des heiligen Kriegs, also eines Dschihad, gegen die sowjetischen Besatzer von Afghanistan zu Beginn der 1980er Jahre. Die USA benutzten den saudischen und pakistanischen Geheimdienst, um ein internationales Netzwerk radikaler islamistischer Fundamentalisten im Kampf gegen die Russen auszubilden und zu bewaffnen. Der Leiter des Nationalen Sicherheitsrates der Administration von Jimmy Carter, Zbigniew Brzezinski, nahm in einem Interview mit dem französischen Wochenmagazin „Le Nouvel Observateur“ im Jänner 1998 zu diesen fragwürdigen Allianzen mit Gotteskriegerern Stellung. Die Frage des Journalisten lautet: „Und Sie bereuen auch nicht, dass Sie den islamischen Fundamentalismus unterstützt haben, indem Sie zukünftige Terroristen mit Waffen und Ratschlägen unterstützt haben?“ Die Antwort von Brzezinski ist bemerkenswert, weil sie die Kurzsichtigkeit der US-Außenpolitik und die Unkenntnis historischer Zusammenhänge aufzeigt. Kurioserweise bedient sich der Sicherheitsexperte polnischer Herkunft gerade der großen Geopolitik, um die Richtigkeit der US-Politik in Afghanistan zu bestätigen. Brzezinski zum Journalisten: „Was ist welthistorisch von größerer Bedeutung? Die Taliban oder der Zusammenbruch des Sowjetimperiums? Einige wild gewordene Muslime oder die Befreiung von Zentraleuropa und das Ende des Kalten Kriegs?“⁷

Am Beispiel der afghanischen Gotteskrieger zeigt sich klar, wie rasch aus nützlichen Verbündeten Terroristen werden können. Allianzen verändern sich, und die Deutung der Weltpolitik kann binnen Jahresfrist eine andere sein. Die Bezeichnung, wer Terrorist ist und wer nicht, sollte daher nur im Lichte einer politischen

⁷ Dieses Interview aus dem Nouvel Observateur vom 15.-21. Jänner 1998 ist in Auszügen abgedruckt in folgendem Buch: Tariq Ali, Fundamentalismus im Kampf um die Weltordnung. München 2002. S. 274-275.

Konstellation verstanden werden, nicht indem man sich an moralischen oder völkerrechtlichen Kriterien orientiert. Es gilt eben auch in Zeiten der Moralpolitik – im Sinne der Bekämpfung von Terrorismus und der Verbreitung von Demokratie – die klassische Regel der Realpolitik: Regierungen folgen nicht Prinzipien, sondern ihren Interessen. Die Sunniten, insbesondere die puristische Gruppe der Wahabiten, die mit dem Haus Saud die saudische Theokratie begründen, lehnen die schiitische Tradition dieser Pilgerreise und die Verehrung Alis vehement ab. Ebenso wurde seine Frau Fatima, die Tochter des Propheten, zur schiitischen Kultfigur. Die Riten zur Erinnerung an Fatima erinnern in vielerlei Hinsicht an die christliche Marienverehrung. Ein Grund mehr für die Sunna, die Schia als häretischen Polytheismus abzulehnen. Fatima hatte Ali zwei Söhne, Hassan und Hussein, geboren. Es folgten weitere Wirren um die legitime Nachfolge, die zahlreiche militärische Konfrontationen mit dem Heer der Omajaden provozierten. Hussein, nach schiitischer Zählweise der dritte legitime Imam, fiel schließlich in der Schlacht von Kerbela 680, einem blutigen Kampf zwischen rivalisierenden Clans. Auch die weiteren Imame, Nachfolger von Hussein, sollten eines gewaltvollen Todes sterben. Von all diesen Märtyrern entkam nur der Zwölfte auf wunderbare Weise seinen Gegnern. Über die Biografie dieses zwölften entrückten Imam ist nur wenig bekannt. Der schiitischen Tradition zufolge soll Prophet Mohammed die Ankunft dieser Imame und auch des wunderbaren Letzten, des Entrückten, respektive des „Mahdi“ (was übersetzt so viel wie „jener, der geleitet wird“ bedeutet) verkündet haben. Wer immer der neue Mahdi sein mag, ob ein Ayatollah Khomeini im Iran oder ein Imam Musa Sadr im Libanon, eine messianische Heilserwartung kennzeichnet seither die schiitischen Gläubigen weltweit. Während aus sunnitischer Sicht die Offenbarung des Islam mit der Verkündigung des Koran durch den Propheten

abgeschlossen ist, hat die Schia der Heilslehre eine starke Dynamik gegeben.

Die Bedeutung des Imam in der Schia unterscheidet sich entscheidend von jener in der Sunna, wo der Imam nur ein einfacher Gemeindevorsteher ist. In der Zwölfer-Schia hingegen erfüllen die Imame die göttliche Justiz. Die Propheten, die Imame und vor allem der entrückte Imam, dessen Wiederkehr für die Gläubigen die wesentliche Heilserwartung in theologischer und politischer Hinsicht bildet, sind Garanten für die göttliche Ordnung, in welche sich der Mensch einfügen möge.

Aus der Schia gingen in der Folge weitere Strömungen, Tawa'if, hervor, die mit den christlichen Kirchenspaltungen vergleichbar sind. Zu ihnen gehören unter vielen anderen die Ismaeliten ebenso wie die Alawiten. All jene, welche die „perfekte“ Offenbarung des Islam durch den Propheten in Frage stellen, wurden von ihren muslimischen Glaubensbrüdern rasch als Abtrünnige vom wahren Glauben verfolgt. Laut dem heiligen Buch des Korans sind die Völker des Buches, „ahl al-kitab“, als anerkannte Vorläufer des Islam zu respektieren. Gemeint sind damit die Juden und Christen, deren Propheten von Abraham bis Jesus, Ibrahim und Issa in arabischer Sprache, als Vorgänger von Mohammed wahrgenommen werden. Probleme haben aber die Sunniten mit jenen Strömungen, welche die letzte Offenbarung in Frage stellen, indem sie ihr noch weitere folgen ließen. Dies gilt insbesondere für die Schiiten, welche die Überlieferungen von Ali und Hussein jenen von Mohammed hinzufügten. Die Schiiten ließen zahlreiche weitere Strömungen entstehen, von denen sich einige – wie die Alawiten – von den ursprünglichen Vorgaben des Propheten sehr weit entfernten.

Der Vorwurf des Glaubensabfalls wurde von sunnitischer Seite immer wieder gegen die Schiiten erhoben. Von Anbeginn mussten

sie Verfolgung und Vernichtung durch ihre muslimischen Brüder erleiden. Die altchristlichen Kirchen ging es anfänglich übrigens nicht sehr viel anders, denn auch hier spalteten Zwiste über die Offenbarung, die Dreifaltigkeit etc. von Anbeginn die angestrebte Einheit der Kirche. Die Schiiten flohen vor ihren sunnitischen Verfolgern in die Gebirgsregionen des Kaukasus und des Libanongebirges. Die Schia jedenfalls befindet sich in der Situation der religiösen Minderheit, mit der Ausnahme des Iran, wo sie seit dem 16. Jahrhundert die dominierende Religion ist.

Wenn es auch im Koran heißt: „Es sei kein Zwang in der Religion. Klar ist nunmehr unterschieden das Rechte vom Irrtum.“ (Koran Sure 2, Vers 256), so werden doch Andersgläubige schon dann verfolgt, wenn sie die letzte Offenbarung in ihrer Perfektion anzweifeln, wie dies für die Schiiten und alle von ihnen weiterentwickelten religiösen Strömungen gilt. Die Verfolgung von Christen hat im Irak mit dem Fall der säkular ausgerichteten Diktatur von Saddam Hussein dramatisch zugenommen, ebenso sind die ägyptischen Urchristen, die Kopten, seit Jahrzehnten wachsenden Schikanen durch radikale Muslime ausgesetzt. Die Behörden und die Regierung sprechen zwar stets von isolierten Einzelaktionen, doch wird viel zu wenig unternommen, um christliche Einrichtungen zu schützen.

Gott aus der Politik herauszuhalten wäre ein wesentlicher Schritt in Richtung eines Citoyens, also eines Bürgers unabhängig von seiner religiösen und ethnischen Zugehörigkeit. Ohne Bürgerschaft kann kein rechtsstaatlich organisiertes Gemeinwesen entstehen. Vielmehr riskiert man, in feudalen Verfilzungen hängen zu bleiben. Genau daran kranken weiterhin weite Teile der arabischen Gesellschaften.